***Joe Blow***

*Musterstr. 0*

*00000 Musterstadt*

*Tel: 030/0000000*

*E-Mail: joe.blow@joeblow.com*

Juli 24, 2023

SOZIALAMT \*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*

MUSTRERSTR. 0

00000 MUSTERSTADT

**Aktenzeichen: \*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\*\***

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich fristgerecht

**[Widerspruch/Klage]**

gegen Ihren Bescheid von [00.00.0000], genauer Ihre Auffassung meine Monatlichen Bezahlung der „U.S. Department of Veterans Affairs“ stellt ein anrechenbares Einkommen i.S.v. § 82 SGB XII dar ist schlicht falsch!

Kurzes Zitat über das „US- Ministerium für Veteranenangelegenheiten“

Das US- Ministerium für Veteranenangelegenheiten (auf Englisch „U.S. Department of Veterans Affairs“ Abk. „VA“) ist eine Bundesbehörde mit der Aufgabe Ansprüche und Leistungen an Veteranen und Ihre Hinterbliebenen zu zahlen. Es ist die zweitgrößte Behörde in der US-Regierung mit über 400.000 Angestellten. Sie wurde am 21 Juli 1930 gegründet mit Hauptsitzt in Washington DC. Das US- Ministerium für Veteranenangelegenheiten ist in 3 Hauptverwaltungen unterteilt, 1) Veteranen Leistungsverwaltung, (genannt als „Veterans Benefits Administration“ Abk. „VBA“) -untergeteilt in 57 Bezirksdirektionen- 2) Veteranen Gesundheitsverwaltung (genannt als „Veterans Health Administration“ Abk. „VHA“ und 3) Nationale Friedhofsverwaltung (genannt als „National Cemetery Administration“).

Die Veteranen Leistungsverwaltung des US- Ministeriums für Veteranenangelegenheiten ist mit der Leistungszahlung wie z.B. *Beeinträchtigungsentschädigungen*, Pensionen (einkommen Aufstockung für Veteranen, die während ein Kriegszeit gedient haben und deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt) und Hinterbliebenenrente, Umschulung und beruflicher wiedereinstieg, und Lebensversicherung beauftragt. Die Veteranen Gesundheitsverwaltung kümmert sich um die Gesundheitliche Versorgung der Veteranen und

die Nationale Friedhofsverwaltung ist mit der Beerdigung von Veteranen und der Pflege von fast 150 nationalen Friedhöfen, auf denen Veteranen beerdigt sind, beauftragt.

Die Veteranen Leistungsverwaltung des US- Ministerium für Veteranenangelegenheiten, zahlt eine *Beeinträchtigungsentschädigung* (genannt als „Disability Compensation“) an Veteranen, wenn die Beeinträchtigung oder chronischen Krankheiten medizinisch nachweislich während

-1-

-2-

des aktiven Militärdienstes bei den Streitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika verursacht wurde, oder bereits zum Zeitpunkt des aktiven Militärdienstes auftrat (nach US-

Recht -38 C.F.R. §3.4). Wenn nachgewiesen ist, dass die Beeinträchtigung oder Krankheit des Veteranen Dienstbezogen ist, wird die Veteranen Leistungsverwaltung des US- Ministeriums für Veteranenangelegenheiten den Beeinträchtigungsgrad in Prozente von 10% bis 100% -*basierend auf die aktuellen Symptome der Beeinträchtigung oder Krankheit- bewerten* (nach US-Recht -38 C.F.R. Part 4 §§ 4.40-4.150), genau wie das Deutsche Versorgungsamt bei Behinderten oder beim deutschen Soldaten über das Soldatenversorgungsgesetz (SVG) i.V.m. das Bundesversorgungsgesetz (BVG) -bzw. das im Jahr 2025 in Kraft tretende neue Soldatenentschädigungsgesetz (SEG)-. Der Unterschied hier ist, dass das US- Ministerium für Veteranenangelegenheiten monatliche Beeinträchtigungsentschädigungen bereits ab einem Beeinträchtigungsgrad von 10% bezahlt und *sind auch unabhängig vom arbeits -und -Verdienst Verhältnisses der Veteranen* (wo hingegen das Deutsche Versorgungsamt oder die SVG bzw. BVG dies *nicht* tut).

Begründung:

Entgegen Ihrer Auffassung verfüge ich kein anzurechnendes Einkommen. Ich erhalte als ehemaliger Berufssoldat der US-Armee die sogenannte „Disability Compensation“ von dem US- Ministerium für Veteranenangelegenheiten. Hierbei handelt es sich um eine **Beeinträchtigungsentschädigung** (analog zu **Invaliditätsentschädigung)** als einem finanziellen Ausgleich, der - nur nicht unehrenhaft entlassenen - Veteranen gezahlt wird, die im Einsatz für die US-Armee durch eine Krankheit oder Verletzung eine dauerhafte Behinderung erlitten haben.

Die monatlich zu zahlende *Invaliditätsentschädigung* richtet sich dabei allein nach dem Grad der Behinderungen, die der ehem. Soldat durch Verletzung oder Krankheit im Einsatz erlitten hat und wie oben erwähnt nicht nach Arbeits- verdienst Verhältnisse oder Erwerbsminderung. Sie ist einkommensunabhängig und ist kein Versorgungsbezug mit Rentencharakter bzw. Lohnersatzcharakter im Sinne einer Pension/Rente wegen Alters und/oder Erwerbsminderung, sondern ein Ausgleich dafür, dass im Rahmen der Einsätze Teilinvalidtät aufgrund äußerer Umstände erlitten wurde und diese zu entschädigen sind

Vorliegende Entschädigungsleistungen werden also einzig und allein als Kompensation von anlässlichen Einsätzen für die US-Armee erlittener Unfall/Krankheit gewährt, am ehesten noch vergleichbar mit den Leistungen nach §§ 80 ff. Soldatenversorgungsgesetz (SVG) i.V.m. § 31 Bundeversorgungsgesetz (BVG) -bzw. das im Jahr 2025 in Kraft tretende eigenständige Soldatenentschädigungsgesetz -genauer §11 (SEG)- und auch nach § 3 Nr. 6 EStG einzuordnen ist. Die genaue ermittelnde Art die Bezahlung der US- Ministerium für Veteranenangelegenheiten ist ersichtlich in der folgenden Entscheidung des LSG der Länder Berlin und Brandenburg, Urteil vom 19.03.2015 -L 31 AS 2218/13, und im Finanzgericht Urteil „FG Baden-Württemberg Urteil vom 9.05.2022 – 9 K 2651/21“ (beide in der Anlage beigefügt). Bitte beachten Sie, dass sich das LSG-Urteil zwar mit der VA-Entschädigung und deren Behandlung bei Leistungen nach §§ 11, 11a SGB II befasst (*die nichts mit der Leistung des SGB XII zu tun hat*), es zeigt aber deutlich, dass die **VA-Leistung mit den Leistungen nach § 31 BVG vergleichbar ist und einen Entschädigungscharakter hat**!

Eine Invaliditätsentschädigung der US- Ministerium für Veteranenangelegenheiten werden bei Leistung des SGB XII nicht angerechnet, da diese Art Entschädigung stellt sich Einnahme in sinne § 82 Abs 1 Nr. 2 SGB XII dar (siehe Jung, SGB XII § 82 Begriff des Einkommens /

2.3 Ausnahmen vom Einkommensbegriff, Rz. 38, 39 -in der Anlage beigefügt-); diese Entschädigung ist vergleichbar mit § 31 BVG und ist im gesamten Rechtssystem insoweit privilegiert, als sie nahezu überall nicht als Einkommen gewertet wird, das zur Bestreitung des Lebensunterhalts zur Verfügung steht. Darüber hinaus ist aufgrund der Abschaffung des

-3-

BVG zum 31.12.2023 (an dessen Stelle das neue SGB XIV ab dem 01.01.2024 tritt) und des o.g. neuen, eigenständigen Soldatenentschädigungsgesetz (SEG), das ab dem 01.01.2025 in Kraft tritt, § 10 Abs. 2 dieses SEG ist ebenfalls zu beachten.

Mit freundlichem Gruß,

Joe Blow

Anlage: LSG der Länder Berlin und Brandenburg, Urteil vom 19.03.2015 -L 31 AS

2218/13.

FG Baden-Württemberg Urteil vom 9.05.2022 – 9 K 2651/21.

Jung, SGB XII § 82 Begriff des Einkommens /2.3 Ausnahmen vom

Einkommensbegriff, Rz. 38, 39.